

Kai Wegner

- (A) Mit Erfolg wird ein steuerlicher Bonus für Handwerksleistungen gewährt. Ich finde, der erfolgreiche steuerliche Bonus für Handwerksleistungen sollte noch stärker für die Energiesanierung nutzbar gemacht werden.

Besonders beachtlich erscheint mir in diesem Zusammenhang der Fahrplan der Bundesregierung zur energetischen Sanierung von Bundesbauten. Hier werden wir als Bund unserer Vorbildfunktion gerecht.

(Florian Pronold [SPD]: Vielleicht können Sie den Ausstoß an heißer Luft im Deutschen Bundestag reduzieren!)

Ich bitte die Bundesregierung darauf zu achten, hierbei unsere kleinen und mittelständischen Handwerksbetriebe nicht aus dem Blick zu verlieren.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU/CSU und der FDP – Florian Pronold [SPD]: Wer hat denn den Blick verloren? Sie! Sie haben beim KfW-Programm gekürzt!)

Ausschreibungen in diesem Bereich müssen in kleinen Losen erfolgen, damit auch die lokale Wirtschaft, kleine und mittelständische Unternehmen, davon profitieren können.

Das sind einige wichtige Beispiele für das, was wir mit dem Energiekonzept insgesamt auf den Weg gebracht haben, und für das, was wir noch umsetzen wollen. Das heißt konkret: Wir sind zum Großteil längst bei dem angekommen, was Sie heute in Ihren Anträgen fordern. Lieber Herr Pronold – Sie schreien immer dazwischen –, ich will Ihnen zurufen: Wir sind in vielen Bereichen viel weiter, als es in Ihren heute hier vorliegenden Anträgen formuliert ist.

- (B)

(Beifall bei der CDU/CSU und der FDP – Bettina Herlitzius [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Das stimmt leider nicht! – Florian Pronold [SPD]: Sind Sie schon über die Ökodiktatur hinaus? – Daniela Wagner [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Also, wir haben schon die Ökodiktatur!)

Lassen Sie mich auch etwas zur Städtebauförderung sagen. Gerade als Abgeordneter aus Berlin will ich nicht verhehlen, dass ich die Einsparungen im Rahmen der Haushaltskonsolidierung bedauere. Ich kenne und schätze die Arbeit der Akteure vor Ort in diesem Bereich. In meinem Wahlkreis in Berlin-Spandau gibt es viele Projekte, in denen hervorragende Arbeit geleistet wird – für die Stadtteile, für die Kieze, für die Menschen in diesen Bereichen.

(Sören Bartol [SPD]: Die gefährden Sie!)

Es bleibt dabei: Die Städtebauförderung ist wichtig im Sinne der Nachhaltigkeit. Ja, wir müssen die Programme evaluieren. Ja, wir brauchen noch mehr Effizienz bei diesen Programmen.

(Bettina Herlitzius [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Erst mal mehr Geld!)

Ich sage aber auch, dass wir auch im kommenden Jahr die Städtebauförderung mindestens auf diesjährigem Niveau fortführen sollten und fortführen müssen. (C)

Meine Damen und Herren, wir haben in der Tat in dem Bereich Energieeffizienz/Gebäudesanierung viel erreicht.

(Florian Pronold [SPD]: Haben Sie auch Mieter in Ihrem Wahlkreis?)

Wir haben in diesem Bereich aber auch noch wahnsinnig viel vor. Mit Sicherheit werden wir bei den parlamentarischen Beratungen über den Haushalt noch die eine oder andere Gelegenheit haben, darüber zu sprechen und uns auszutauschen. Ich lade Sie alle ein,

(Florian Pronold [SPD]: Nach Spandau!)

an der Lösung der klimapolitischen Herausforderungen teilzuhaben. Gestalten Sie die Zukunft unseres Landes mit! Sie sehen: Wir handeln, wir reden nicht. Das unterscheidet Regierung und Opposition. Lassen Sie uns den Weg erfolgreich weitergehen.

Herzlichen Dank und ein schönes Wochenende.

(Beifall bei der CDU/CSU und der FDP)

**Vizepräsident Dr. Hermann Otto Solms:**

Das Wort hat jetzt der Kollege Sören Bartol.

(Beifall bei der SPD)

**Sören Bartol (SPD):**

Herr Präsident! Meine lieben Kolleginnen und Kollegen! Minister Ramsauer hat uns am Mittwoch im Ausschuss erklärt, dass die Energiewende der Bundesregierung gar keine Wende ist, sondern die konsequente Fortsetzung der Politik der Bundesregierung. Die Brücke der Brückentechnologie Atomkraft wird einfach nur verkürzt, haben wir im Ausschuss gelernt. – Aha! (D)

(Beifall bei der FDP – Patrick Döring [FDP]: So ist es!)

Als Bauminister muss er sich ja mit dem Brückenbau auskennen. Ich hoffe nur, dass das Fundament Ihrer hastigen Energiewende, liebe Kolleginnen und Kollegen, auch wirklich trägt.

Minister Ramsauer hat sich dann auch noch – das war der Höhepunkt – als Leser der *Wolke* von Gudrun Pausewang geoutet, der schon immer vor den Gefahren der Atomkraft gewarnt hat.

(Heiterkeit der Abg. Ute Vogt [SPD])

Da frage ich mich: Wo war Herr Ramsauer, als das Kabinett die Laufzeitverlängerungen für die Atomkraftwerke beschlossen hat?

(Daniela Wagner [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: In Bayern!)

Wo war der Minister, als im Haushalt 2011 die Mittel für das CO<sub>2</sub>-Gebäudesanierungsprogramm zusammengekürzt wurden?

## Sören Bartol

- (A) (Florian Pronold [SPD]: Das hat er selber vorgeschlagen!)

Gestern noch Wiedereinstieg in die Atomkraft, heute Ausstieg. Gestern Ausstieg aus der energetischen Sanierung, heute Wiedereinstieg. Mal hü, mal hott. Die Regierung hat damit Investoren verunsichert und entscheidende Monate auf dem Weg zu einer nachhaltigen Energieversorgung verloren. Keine Frage, ich freue mich, dass Sie doch noch zu der besseren Einsicht gekommen sind, dass der rot-grüne Atomausstiegsbeschluss und die Förderung erneuerbarer Energien richtig sind. Ich freue mich auch, dass Sie das CO<sub>2</sub>-Gebäudesanierungsprogramm wiederbeleben.

Liebe Kolleginnen und Kollegen der Regierungsfractionen, die energetische Sanierung von Gebäuden machte auch schon vor Fukushima Sinn. Energetische Sanierung ist sinnvoll, weil Gebäude ganz wesentlich zum Energiesparen beitragen können. Energetische Sanierung ist sinnvoll, weil sie Arbeitsplätze schafft. So unstrittig diese Erkenntnis in der Fachwelt, in der Wirtschaft und bei den Menschen ist: Schwarz-Gelb hat sie bisher doch ignoriert.

(Zuruf von der FDP: Ach so! Deshalb haben wir so wenig Arbeitslosigkeit!)

Sie, meine Damen und Herren von den Regierungsfractionen, haben im Haushalt für dieses Jahr die Mittel für die energetische Gebäudesanierung drastisch zusammengestrichen. Von 2 Milliarden Euro Förderung im Jahr 2009 ist doch nur noch ein Viertel übrig geblieben.

- (B) (Patrick Döring [FDP]: Trotzdem hat Förderung im energetischen Bereich stattgefunden!)

Auf Druck von Opposition und Öffentlichkeit haben Sie 500 Millionen Euro draufgelegt. Die stehen jedoch auf äußerst wackligen Beinen.

(Patrick Döring [FDP]: Richtiger Quatsch!)

Sie sollten aus Ihrem Energie- und Klimafonds kommen, der sich aus den Einnahmen aus der Brennelementesteuer speist. Das war auch ohne Ausstieg aus der Atomkraft ein gewagtes Konstrukt, und jetzt ist es doch völlig obsolet.

(Zuruf von der CDU/CSU: Haben Sie nicht geschafft!)

Sechs Monate und leider einen Super-GAU später haben Sie uns 1,5 Milliarden Euro für die Jahre bis 2014 für das KfW-Programm zugesagt. Zusammen mit der steuerlichen Förderung wollen Sie so eine Sanierungsquote von 2 Prozent erreichen. Das ist immerhin ein Etappenziel. Aber ich habe meine Zweifel, ob Sie dies mit Ihren Vorschlägen erreichen. Dafür sehe ich zwei Gründe: Erstens ist wiederum Ihr Energie- und Klimafonds das Füllhorn, aus dem das Geld für die zinsgünstigen KfW-Kredite kommen soll, wie übrigens auch für die Elektromobilität und vieles mehr.

Zweitens habe ich auch Zweifel, ob Sie mit dieser Regelung zur steuerlichen Absetzbarkeit die Breite der Hauseigentümer wirklich erreichen, die in Einfamilien- und Zweifamilienhäusern wohnen. Die Anforderungen

an die energetische Sanierung müssen so gesetzt sein, dass es sich auch einkommensschwächere Eigentümer leisten können, in Dämmung, effizientere Heizungen und Warmwasserbereitung zu investieren. (C)

(Zuruf von der FDP: Dafür gibt es zinsverbilligte Darlehen!)

Ich habe insgesamt Zweifel, ob die Eile der Gesetzgebung der Sache dient.

Ein weiterer Teil Ihres Energiewendepakets, das jetzt schnell, schnell durch das Parlament soll, ist die vorgezogene Änderung des Baugesetzbuches. In Ihrem Entwurf steht viel Sinnvolles, wie zum Beispiel die Klimaschutzklausel. Im allgemeinen Zuspruch darf aber nicht untergehen, wie unzulänglich Ihre Politik für die Städte ist. Ich will zwei Punkte nennen: erstens die Kürzung der Städtebauförderung und zweitens die Mietrechtsnovelle.

Erstens. Mit der Kürzung der Städtebauförderung ziehen Sie sich aus der Verantwortung für die Entwicklung der Städte und Gemeinden zurück. Wenn Sie klimarechte Stadtentwicklung als Ziel des Stadtumbaus ins Baugesetzbuch aufnehmen, ist das gut. Das ist überhaupt keine Frage. Aber der Stadtumbau braucht dann auch die notwendige finanzielle Substanz. Nehmen Sie die Kürzung der Städtebauförderung zurück, meine Damen und Herren von den Koalitionsfractionen! Jetzt ist doch der richtige Zeitpunkt dafür.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD und des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

Stocken Sie die Städtebauförderung endlich wieder auf mindestens 610 Millionen Euro auf! (D)

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

Der zweite Punkt. Mit der geplanten Mietrechtsnovelle, lieber Kollege Döring, belasten Sie einseitig die Mieter mit den Kosten des Klimaschutzes.

(Beifall bei der SPD und der LINKEN – Widerspruch des Abg. Patrick Döring [FDP])

– Natürlich, Herr Döring. Das Recht, die Miete zu mindern, soll doch in Zukunft bei energetischer Sanierung drei Monate lang nicht gelten. Ist das richtig?

(Patrick Döring [FDP]: Zum Wohl des Klimas!)

– Das ist richtig. Gut. – Siebürden damit den Mietern diese Kosten gleich zweimal auf: Sie dürfen die Miete nicht mindern, obwohl ihre Wohnung nur eingeschränkt bewohnbar ist,

(Petra Müller [Aachen] [FDP]: Warum eingeschränkt bewohnbar, wenn außen saniert wird?)

und sie müssen auch noch die Kosten der Modernisierung über Mieterhöhungen tragen. Die Folgen, liebe Kolleginnen und Kollegen, sind absehbar: Einkommensschwache Haushalte werden zum Wegzug gezwungen, und die soziale Spaltung in den Städten wird weiter zunehmen. Das müssen Sie endlich einmal verstehen. Las-

**Sören Bartol**

- (A) sen Sie doch einmal die Finger vom Mietrecht! Es ist richtig, Investitionshemmnisse für energetische Sanierung abzubauen

(Patrick Döring [FDP]: Aha!)

– das ist der richtige Weg –, aber, liebe Kolleginnen und Kollegen von Schwarz-Gelb, nicht einseitig zulasten der Mieter.

(Beifall bei der SPD und der LINKEN – Patrick Döring [FDP]: Tut doch keiner!)

– Natürlich.

Was wir brauchen, ist eine aktive Stadtentwicklungspolitik des Bundes, die Ökonomie, Ökologie und Soziales in Einklang bringt. Wir brauchen eine aktive Stadtentwicklungspolitik, die die Städte dabei unterstützt, die Herausforderungen des Klimawandels ebenso zu bewältigen wie die des sozialen Zusammenhalts.

Meine Damen und Herren von den Koalitionsfraktionen, nutzen Sie die Chance, nicht nur Ihren Fehler in der Energiepolitik wiedergutzumachen und zu dem zurückzukehren, was wir bereits vor zehn Jahren eingeleitet haben, sondern machen Sie das Gleiche auch in der Stadtentwicklungspolitik. Wenn Sie das schaffen, dann bekommen Sie bestimmt auch Applaus von unserer Seite.

(Zuruf von der FDP: Wollen wir ja gar nicht!)

Vielen Dank.

(Beifall bei der SPD und der LINKEN sowie bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

(B)

**Vizepräsident Dr. Hermann Otto Solms:**

Das Wort hat der Kollege Patrick Döring von der FDP-Fraktion.

(Beifall bei der FDP und der CDU/CSU)

**Patrick Döring (FDP):**

Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Wie so oft in Debatten zur Baupolitik wird hier von der Opposition – ich nehme Frau Wagner ausdrücklich aus – überwiegend etwas behauptet, was weder geplant ist noch in irgendeinem Gesetzentwurf der Bundesregierung vorgesehen ist.

(Sören Bartol [SPD]: Aha!)

Wenn wir, wie der Kollege Bartol zu Recht dargestellt hat, derzeit in der Ausgestaltung des Mietrechts die größten Hemmnisse für die Umsetzung energetischer Sanierungen sehen, und zwar insbesondere in den Fällen, wo wir es mit Eigentümergemeinschaften in Mehrfamilienhäusern zu tun haben, dann dürften doch alle Beteiligten anerkennen und konzedieren, dass Politik auf dieses Hemmnis eine Antwort geben muss. Die Antwort lautet: Wir wollen der Verzögerung oder Verhinderung von Sanierungen und damit der Demotivierung von sanierungswilligen Eigentümern dadurch abhelfen, dass wir eine Pflicht für die Mieter einführen, solche Sanierungen drei Monate ohne Mietminderungsmöglichkeit zu dulden.

- (Sören Bartol [SPD]: Es gibt doch keine reine energetische Sanierung!) (C)

Da zugleich durch diese Maßnahmen am Ende die Nebenkosten stark sinken werden – und das kommt ausschließlich dem Mieter zugute –, ist das eine vertretbare Lösung.

(Beifall bei der FDP und der CDU/CSU)

Lassen Sie uns noch einmal über die Mär sprechen, die über das KfW-Programm verbreitet wird. Sie haben ein KfW-Programm auf den Weg gebracht, das befristet mit Mitteln ausgestattet war. Sie haben entschieden – wir haben Sie dabei unterstützt –, dass im Jahr der Krise zusätzliche Mittel, die eigentlich für Folgejahre vorgesehen waren, zur Verfügung gestellt werden, um die Baukonjunktur zu stützen. Das war richtig.

(Sören Bartol [SPD]: Wer hat das denn auf null gemacht?)

Man muss sich dann aber, wenn die Krise vorbei ist und sich das Wirtschaftswachstum auf einem historisch hohen Niveau bewegt, auch eingestehen, dass man nur noch die verbleibenden Mittel verausgaben kann. Trotzdem ist übrigens die Sanierungsquote nicht zurückgegangen, und trotzdem ist die Baukonjunktur weiter im Aufwind. Deshalb war es richtig, so zu handeln, wie die Regierung gehandelt hat.

(Beifall bei der FDP und der CDU/CSU – Florian Pronold [SPD]: Und warum jetzt wieder hoch?)

- (D) Jetzt stehen wir vor der Herausforderung, zusätzliche Anreize für eine schnellere Umsetzung energetischer Sanierungsmaßnahmen zu schaffen. Die zusätzlichen Maßnahmen stehen auf zwei Säulen. Die eine ist das Aufwachen des Gebäudesanierungsprogramms über KfW-Mittel für diejenigen, bei denen eine Einkommensteuerentlastung wenig Wirkung haben würde, also zum einen bei den kommunalen Wohnungseigentümern und zum anderen bei denjenigen Hauseigentümerinnen und Hauseigentümern, die wenig oder gar keine Einkommensteuer zahlen. Das sind überwiegend Rentnerinnen und Rentner, aber eben auch Geringverdiener; sie bekommen ihre Förderung über die KfW-Programme.

Da wir hier alle im Hause wissen, dass der Deutsche nichts schöner findet, als Steuern zu sparen, wollen wir darüber hinaus diejenigen, die diese Sanierungsaufgabe aus eigenen Mitteln, ohne Banken in Anspruch zu nehmen, schultern, mit einer 10-prozentigen Sonderabschreibung entlasten. Das ist der richtige Weg; den geht diese Koalition.

(Beifall bei der FDP und der CDU/CSU – Florian Pronold [SPD]: Also nur aus Eigenmitteln?)

Jetzt passiert Folgendes, geschätzter Herr Kollege Pronold – Sie sind ja Finanzpolitiker –: Wenn in jedem Jahr ein Investitionsvolumen von etwa 1,5 Milliarden Euro einkommensteuerlich geltend gemacht wird – davon gehen wir aus –, dann wird bei einer Einkommensteuerschuld-minderung von 10 Prozent eine Kassenwir-